

VOLKSBLATT SPLITTER

Autofreier Sonntag für acht Millionen Italiener

ROM – Mehr als acht Millionen Italiener haben am Sonntag auf ihr Auto verzichtet. Wegen der Besorgnis erregenden Luftverschmutzung wurde ein autofreier Sonntag in mehreren Grossstädten Italiens ausgerufen. Das Verbot galt unter anderem in Rom, Mailand, Verona, Padua und rund 135 lombardischen Ortschaften wie Como und Brescia. Autos und Motorfahräder wurden aus den Innenstädten verbannt. Rad- und Rollschuhfahrer nahmen dafür die Strassen der Zentren seit dem frühen Morgen in Besitz. Umweltexperten warnten jedoch vor übersteigerten Erwartungen am Sonntag. Ein eintägiges Fahrverbot könne die Luftverschmutzung lediglich um zwei Prozent monatlich senken. Selbst wenn die Italiener jeden Sonntag ihr Auto stehen lassen müssten, würde dies die Luftqualität nicht nachhaltig verbessern. Wichtiger sei es, die Autofahrer über die Umweltrisiken aufzuklären und den öffentlichen Nahverkehr auszubauen.

Überraschungsbesuch von Prinz Charles im Irak

LONDON – Prinz Charles hat den britischen Truppen im Irak als erstes Mitglied der Königsfamilie einen Überraschungsbesuch abgestattet. Der Thronfolger flog am Sonntag nach Basra und trank dort mit den Soldaten Tee. Ein Sprecher von Charles sagte: «Normalerweise bringen wir den Prinzen nicht an so gefährliche Orte.» Die Soldaten hätten aber dringend mal etwas Ablenkung gebraucht. Charles traf auch den US-Zivilverwalter Paul Bremer und den britischen Sondergesandten für Irak, Jeremy Greenstock. Greenstock wies darauf hin, dass Charles in der arabischen Welt für sein aufrichtiges Interesse am Islam bekannt sei. Der Gefreite Tony Phillips aus Wales sagte, man habe sich über den unerwarteten Gast gefreut: «Es gibt durchaus Leute, die hier nicht herkommen würden.»

Sechs Tage unter Trümmern

KONYA – Es grenzt an ein Wunder: Sechs Tage nach dem Einsturz eines Hochhauses in der Türkei ist ein 16-jähriger Junge lebend aus den Trümmern geborgen worden. «Ich habe versucht, die Hoffnung nicht aufzugeben», sagte der Jugendliche, Muhammet Kalem, am Sonntag nach seiner Rettung. Er hatte Schnittverletzungen am Körper, sein Zustand wurde vom behandelnden Arzt aber als relativ gut beschrieben. Der Betonstaub habe seinen Körper warm gehalten. Bei dem Einsturz am Montagabend kamen vermutlich rund 100 Menschen ums Leben. 68 Leichen wurden bis Sonntag aus den Trümmern geborgen, weitere 40 Menschen galten als vermisst, darunter die Mutter und der Bruder von Muhammet Kalem.

Putin gerät unter Druck

Nach Anschlag in Moskauer U-Bahn Kritik an Putin und Geheimdienst

MOSKAU – Nach dem Anschlag auf die Moskauer U-Bahn gerät Präsident Wladimir Putin immer stärker in die Kritik. Im Schussfeld stehen Putins Geheimdienst sowie seine Tschetschenienpolitik.

«Der Terror wird sich so lange fortsetzen, bis ein politischer Prozess zur Lösung des Tschetschenienkonflikts begonnen wird», sagte der Chef der Union der rechten Kräfte, Boris Nemzow. Am Freitag waren bei dem Anschlag 39 Menschen getötet und mehr als 130 verletzt worden. Fünf Wochen vor der Präsidentenwahl kritisierte die liberale Kandidatin Irina Chakamada den einstigen Geheimdienstoffizier Putin. «Weshalb ist nach einer Reihe von Terroranschlägen niemand aus der Geheimdienst-Führung entlassen worden?», fragte sie. Im vergangenen Jahr waren bei zwei Bombenanschlägen 19 Moskauer getötet worden. Der Inlandsgeheimdienst FSB macht tschetschenische Selbstmordattentäterinnen verantwortlich. Auch der Vize-Vorsitzende des Duma-Sicherheitsausschusses, Gennadi Gudkow, gab in der Online-Zeitung Gazeta.ru dem FSB eine Mitschuld.

Neue Anschläge befürchtet

Die Medien kritisierten den FSB heftig. «Der FSB wusste, dass die



Nach dem Anschlag auf die Moskauer U-Bahn gerät Präsident Putin immer stärker in die Kritik.

Metro ein empfindliches Ziel ist», schrieb die Zeitung «Iswestija» am Samstag. Und Gazeta.ru titelte: «Moskau erwartet eine zweite Explosion.» Putin hatte am Samstag die Führung von Armee, Polizei und Geheimdienst zu einer Krisensitzung zusammengerufen. Über Gesprächsinhalte wurde nichts be-

kannt. Am Freitag hatte Putin die Tschetschenen als Urheber beschuldigt. Er bekräftigte, dass er keine Verhandlungen mit ihnen führen wolle. Im Internet bestritten die Rebellen, dass der frühere tschetschenische Präsident Aslan Maschadow hinter dem Anschlag stehe. Maschadow erklärte sich am

Samstag zu sofortigen Verhandlungen mit Moskau bereit, ohne Vorbedingungen. Umfragen zeigen, dass Putin die Präsidentenwahl mit rund 80 Prozent der Stimmen gewinnen dürfte. Sie zeigen aber auch, dass 60 Prozent der Russen Friedensverhandlungen wollen.

Krieg wird zum Wahlkampfthema

US-Präsident Bush verteidigt CIA – UNO-Wahlmission beginnt Arbeit

WASHINGTON/BAGDAD – Im Wahlkampf in den USA rückt das Thema Irak-Krieg immer mehr ins Zentrum. Dabei kommt der Umgang des Geheimdienstes CIA und der Regierung mit der Wahrheit in die Kritik. US-Präsident George W. Bush nahm den CIA in Schutz.

Kritisiert wird der CIA vor allem wegen den angeblichen irakischen Massenvernichtungswaffen. Bush verteidigte am Sonntag den Auslandsgeheimdienst. Der CIA werde von George Tenet gut geleitet, sagte er in einem Interview mit dem Fernsehsender NBC. Der CIA war besonders vom früheren US-Waffeninspektor im Irak, David Kay, kritisiert worden. Kays Team hatte



In einem Interview mit dem Fernsehsender NBC verteidigte Präsident Bush (r.) den amerikanischen Auslandsgeheimdienst CIA.

keine Hinweise auf irakische Massenvernichtungswaffen gefunden. Deren Existenz aber hatte die Regierung als Haupt-Kriegsgrund angegeben.

Kritik an Ausschuss

Bush verteidigte auch, dass die Kommission zur Untersuchung von Geheimdienstpannen ihre Arbeit erst im kommenden Jahr – deutlich nach der Präsidentenwahl am 2. November – beenden würde. Eine Untersuchung brauche eben Zeit. Bush erklärte sich bereit, vor der Kommission auszusagen. Die Demokraten werfen Bush vor, er benutze die Kommission, um die Verantwortung für Pannen abzuschieben.

ANZEIGE

VOLKSCARD
GÜNSTIGER GEHT'S NICHT

AL WALSER
and his band: live & unplugged
Fr. 13. Feb. 2004, TaK, Schaau
50 Tickets à CHF 20.-
Mit der Volkscard beim TaK.

Profitieren Sie als
VOLKSBLATT-Abonnent
von Vorzugspreisen

POWERED BY VOLKSBLATT

Vorsätzlich...

...verschmutzt wurde der Milford-Sund

WELLINGTON – Der zum Weltnaturerbe gehörende Milford-Sund an der Südküste Neuseelands ist nach Angaben der Regierung vorsätzlich mit rund 13 000 Litern Diesel verschmutzt worden.

Der neuseeländische Umweltminister Chris Carter sprach am Sonntag von «Ökoterrorismus und Umweltsabotage», die sich gegen die Tourismusindustrie richte. Die Hintergründe und mögliche Motive waren allerdings unklar.

Hoffnung auf Regen.

Der von den Vereinten Nationen zum Weltnaturerbe erklärte Milford-Sund liegt an der Westküste

der Südinsel Neuseelands, rund 1130 Kilometer südwestlich der Hauptstadt Wellington. Rund 2000 Touristen mussten das Gebiet am Wochenende verlassen, während Experten sich bemühten, die Ausbreitung des rund zwei Kilometer langen Treibstoffteppichs auf Brutgebiete von Vögeln zu stoppen.

Das Unternehmen Real Journeys, das Ausflugsboote betreibt, erklärte, jemand habe am Samstagabend einen Schlauch in den Tank eines der Schiffe gehängt und dann den Dieseltreibstoff ins Meer abgelassen. Hoffnung setzten die Behörden auf das Wetter. Meteorologen kündigten für Montag heftigen Regen an, der den Diesel auflösen könnte.

Kerry siegt weiter

US-Senator setzt Siegeszug fort

WASHINGTON – US-Senator John Kerry hat seinen Siegeszug bei den Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten fortgesetzt. Kerry konnte am Samstag in den Bundesstaaten Washington und Michigan klar gewinnen.

Damit hat der hochdekorierte Vietnam-Veteran neun der bisher elf Vorwahlen seiner Partei gewonnen. «Die Wahlen haben eine klare Botschaft: Die Tage des George W. Bush im Weissen Haus sind gezählt, der Wechsel ist auf dem Weg», sagte der 60-jährige Kerry am Samstagabend in Richmond im Bundesstaat Virginia vor jubelnden Anhängern. Kerry warf Bush vor, eine «extreme Regierung» zu füh-

ren mit hohen Defiziten, Steuernsenkungen für Reiche während eines Krieges und einer Politik, die das Land in drei Jahren drei Millionen Arbeitsplätze gekostet habe.



Der Siegeszug von US-Senator Kerry bei den Vorwahlen dauert an.